

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Krankenz- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30-3 für die dreigeplatzene Zeitspaltel oder deren Raum berechnet

## Die Werbearbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder muß auch während des Krieges mit aller Kraft fortgesetzt werden!

### Der Arbeitsnachweis.

I.  
Die Arbeitsvermittlung ist seit langen Jahren eines der Probleme, mit denen sich die organisierte Arbeiterschaft beschäftigt. Es ist nur natürlich, daß die Arbeiter dieser Frage die größte Aufmerksamkeit widmen; denn wer die Vermittlung der Ware Arbeitskraft in der Hand hat, der hat auch einen gewissen Einfluß auf den Preis dieser Ware. Allerdings ist es nicht angängig, die Arbeitskraft in jeder Beziehung mit irgendeiner Ware zu vergleichen, da sie an ihren Besitzer, den Arbeiter, gebunden und dieser in der Regel gezwungen ist, seine Ware aus Nahrungsgründen recht bald zu verkaufen. Die Ware Arbeitskraft eignet sich demnach also nicht als Spekulationsobjekt für Händler. Der Vorkaufhandel konnte sich ihrer nicht bemächtigen, es blieb, soweit nicht Arbeiter und Unternehmer direkt in Verbindung miteinander trafen, bei einer bloßen Marktfähigkeit der Vermittler. Im Baugewerbe herrschte bis vor einigen Jahren die Sitte des Umhängens, bis die Arbeiter, indem sie imparitätliche Arbeitsnachweise errieten. Ueber den Zweck dieser Unternehmerarbeitsnachweise ist so viel geredet und geschrieben worden, daß es sich an dieser Stelle erübrigt, etwas darüber zu schreiben. Es ist kein Geheimnis, daß man mit diesen einseitigen Einrichtungen politische und wirtschaftliche realistische Ziele verfolgte. Allerdings haben die Unternehmer infolge des Widerstandes der organisierten Arbeiter an manchen Stellen „unlernen“ müssen.

Zweit die Arbeiterschaft zu der Frage der Arbeitsvermittlung Stellung genommen hat, kann man auch bei dieser feststellen, daß viele, die früher der Ansicht waren, der Arbeitsnachweis gehöre unter allen Umständen den Arbeitgeberorganisationen, gründlich umgelernt haben. Auf dem zweiten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der im Mai 1896 in Berlin tagte, legte der von der Generalkommission zu dieser Frage bestellte Referent A. v. Elm folgende Resolution vor:

„Grundsätzlich abzuschneiden ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsamen geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Der naturgemäß unauflösbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird immer ausschlaggebend wirken, selbst dann, wenn durch einen scheinbar parteilosen kommunalen Arbeitsnachweis ein Kompromiß auf diesem Gebiete zustande gekommen ist. Der Einfluß des Kapitals auf die Kommunalverwaltung ist heute noch ein so großer, die Einwirkung der Arbeiter auf die Verwaltung in kommunalen Angelegenheiten eine so geringe, daß bei allgemainer Einleitung kommunaler Arbeitsnachweise diese nur den Interessen des Kapitals dienen kann. Das Engagement eines Teiles der Fabrikanten bezüglich Einleitung kommunaler Arbeitsnachweise ist infolgedessen von der Absicht, eine leichte und bequeme Kontrolle über den Arbeitsmarkt zu erhalten und bei dem nachher dauernden Ueberangebot von Arbeitkräften die Bedingungen des Arbeitsvertrages für die Arbeiter einseitig festsetzen zu können. ... Wie auf dem gesamten wirtschaftlichen Kampfbahnen das schriftliche Verweigerung des Proletariats von der Arbeit und der Erkenntnis der Machtmittel desselben abhängt, so ist auch eine Entscheidung dieser Frage lediglich durch eine Stärkung der Gewerkschaftsorganisation und Einleitung eigener Arbeitsnachweise zu erwarten. Der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands warnt

deshalb die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer andern Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisationen der Arbeiter.“

Diese Resolution wurde angenommen, obwohl eine Minderheit von Vertretern dagegen war, weil sie bereits zufriedenstellende Erfahrungen mit städtischen Arbeitsnachweisstellen gemacht hatten. Auf dem dritten General-Kongress, der im Jahre 1899 in Frankfurt am Main stattfand, legte der Referent Leipart eine Resolution vor, in der paritätische kommunale Arbeits- und Unternehmerverwaltung der Arbeiter und Unternehmer verlangt wurden. Der Korreferent Voelisch beantragte eine Resolution, deren erster Absatz lautete: „Die Vermittlung der Arbeitskraft gehört in die Hände der Arbeiterschaft.“ Mehrere andere Resolutionen wollten sinngemäß das gleiche wie die von Voelisch. Um die in dieser Frage auseinanderstrebenden Geister zu einigen, wurde eine Kommission eingesetzt, getreu dem Grundsatz: „Wenn man im Plenum nicht weiter kann, sängt man mit Kommissionen an.“ Leipart jagte in seinem Referat unter andern: „Ich hatte mich theoretisch eigentlich mit der Frage noch nicht viel beschäftigt und als ich nun an das Studium der Seite heranging, da wurde es mir ziemlich schweiß, als ich den großen Haufen von Literaturprodukten vor mir sah und mich langsam und mit Mühe und Not hindurcharbeiten mußte. Es war für mich frappant, in wie hoher Maße diese Frage bereits zu theoretischen Erörterungen und schriftstellerischen Arbeiten Anregung gegeben hat. Zugleich wurde ich dabei aber auch erst so recht inne, welche immense Bedeutung die Frage nicht bloß für die Arbeiter allein, sondern für unser soziales Leben überhaupt hat.“ In diesen Worten Leiparts war zweierlei enthalten, einmal ein Hinweis auf die Wichtigkeit der Arbeitsnachweisfrage an sich, dann aber auch das stillschweigende Eingeständnis, daß nicht nur er, sondern auch die gesamte Arbeiterschaft bisher nicht tief genug in diese Materie eingedrungen war. Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb hatte man sich auf dem zweiten Kongress bereits durch eine Resolution festgelegt, die bei der weiteren Entwicklung notgedrungen zu einem Hemmschuh werden mußte.

Der dritte Kongress hob denn auch die „Grundsätze“, die in der Resolution des zweiten Kongresses aufgestellt waren, zum großen Teil wieder auf. Obgleich im ersten Absatz festgelegt war, daß man daran festhalte, daß der Arbeitsnachweis den Arbeitgeberorganisationen gehören müsse, gestattete man doch im zweiten Absatz dem Staat und der Gemeinde die Mitwirkung der Bezahlung und im dritten Absatz gestattete man sogar den Unternehmern die Mitarbeit in der Verwaltung der Arbeitsnachweise. Noch weiter gingen die folgenden Gewerkschaftskongresse. Im Jahre 1908 forderte man das gesetzliche Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittlung und deren Ersatz durch öffentliche, gebührenfreie Arbeitsnachweise, die reichsgerichtliche Regelung des Arbeitsnachweises und staatliche und kommunale Arbeitsnachweise auf der Grundlage vollkommener Selbstverwaltung. Für unsere jetzige Stellung zu der Frage sind jene Resolutionen maßgebend, die 1911 auf dem Gewerkschaftskongress in Dresden und 1914 auf dem Kongress in München angenommen wurden. Die erste Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitslosenfürsorge ist eine öffentliche Pflicht, die das ungesäumte und tatkräftige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert. Eine unangenehme Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich auf der

Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenstatistik, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung und im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Die Arbeitslosenstatistik ist dauernd mit Hilfe der Gewerkschaften aufzunehmen. Die Arbeitsvermittlung ist durch das Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittlung und durch Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung zu fördern. Bei Streiks und Aussperrungen ist jede Vermittlung von Arbeitkräften desselben Berufs an betroffene oder aussperrnde Arbeitgeber einzustellen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als „Facharbeitsnachweise“ der öffentlichen Arbeitsvermittlung anzuschließen.“

Die Münchner Resolution lautet: „Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung im Sinne des öffentlichen Arbeitsnachweismonopols durch Bureaukratisierung der Arbeitsnachweise unter Beseitigung der paritätischen Verwaltung herbeizuführen, sind geeignet, der Arbeiterklasse den mühsam erzwungenen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung illusorisch zu machen. Die Gewerkschaften wollen grundsätzlich, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern entzogen werde. Sie weisen den Anspruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherrschen und ihn ihren einseitigen Interessen dienlich zu machen, entschieden zurück und erkennen die beste Lösung des Arbeitsnachweisproblems in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeitsnachweise anerkennt und zu gemeinsamen Wirken verpflichtet. Die tariflichen Facharbeitsnachweise sind wertvolle Erzeugnisse der Arbeiterschaft, die, von dem Vertrauen und der Mitarbeit beider Parteien getragen, einen weit größeren Einfluß auf den beruflichen Arbeitsmarkt ausüben können als öffentliche Arbeitsnachweise. Sie vermitteln nicht nur Arbeitsgelegenheit und Arbeitskräfte, sondern gewährleisten auch die Durchführung tariflich geregelter Arbeitsverhältnisse, die zugleich dem wohlverstandenen Interesse der Arbeitgeber und dem Wohle des ganzen Gewerbes dienen. In der Bekämpfung dieser tariflichen Facharbeitsnachweise durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise erblickt der Kongress eine verhängnisvolle Schädigung der gesamten Arbeitsvermittlung, wie auch der gesunden Entwicklung des Arbeitsrechtes auf paritätischer Grundlage.“

Die Gegenüberstellung der Resolutionen von 1896, 1911 und 1914 läßt uns an besten erkennen, wie groß die Wandlung ist, die sich bezüglich der Arbeitsnachweise in der Stellung der Arbeiterschaft vollzogen hat. Dabei handelt es sich nicht um eine jüngere Generation, die die Sache mit andern Augen ansieht, sondern es sind zum großen Teil die gleichen Männer, die sowohl 1896 wie 1914 die Resolutionen beschloßen. Daraus kann selbstverständlich niemand ein Vorwurf gemacht werden, es ist sogar erfreulich, daß sich die führenden Kreise in der deutschen Arbeiterschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit durch eigenes Nachdenken überzeugt haben, daß ihr erster Beschluß falsch war. Aus der Geschichte sollen wir lernen, daß es nicht immer gut ist, apodiktische Behauptungen aufzustellen und diese in die Gehalt von „Grundsätzen“ zu kleiden. — Wir haben in den vorstehenden Zeilen gezeigt, wie in der Vergangenheit die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur Frage der Arbeitsnachweise war. In einem zweiten Artikel werden wir über die Lage in der jetzigen Zeit und über die nutmaßlichen Aussichten für die Zukunft sprechen.



### Verkürzt die Gewährung von Feuerungs- zulagen gegen den Tarifvertrag?

Durch die außerordentlich starke Verteuerung aller Lebensmittel ist die Lebenslage der Bauarbeiter seit Ausbruch des Krieges ganz erheblich verschlechtert worden. Die tariflichen Löhne haben, gemessen an den Preisen der für sie zu kaufenden Gegenstände des täglichen Bedarfs, mindestens einen um 40 bis 50 pSt. geringeren Wert als vor Ausbruch des Krieges. Es ist deshalb durchaus begründlich, daß bei den Arbeitern ganz allgemein der Wunsch besteht, die Unternehmer des Baugewerbes möglichen durch die Feuerung verursachte Verschlechterung des Reallohnes durch Gewährung einer Kriegs- oder Feuerungszulage wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Leider haben die Arbeiter mit diesem Wunsch bei den Unternehmern bis jetzt so gut wie gar kein Entgegenkommen gefunden. Es hat sogar den Anschein, als ob der Vorstand des Arbeitgeberverbandes seinen Unternehmern die Anweisung erteilt hätte, die Gewährung von Feuerungszulagen unter allen Umständen abzulehnen. Daß der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin an seine Mitglieder eine solche Aufforderung gerichtet hat, ist kürzlich in seinem Bericht ausdrücklich ausgesprochen worden. In diesem Bericht, abgedruckt im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ vom 25. Juni, weist der Vorstand auf die große Arbeitslosigkeit bei Ausbruch des Krieges hin und preist die Tarifverträge in dieser Zeit mit Recht als einen Segen für die Arbeitererschaft. Er führt an:

„... Die Arbeitslosennot blieb bis in den Dezember hinein bestehen, eine erhebliche Abnahme der Beschäftigungszahlen war nicht zu verzeichnen. In dieser Zeit erwiesen sich die Tarifverträge als ein Segen für die Arbeitererschaft. Ohne die tarifliche Bindung der Löhne wären diese bei dem riesigen Angebot von Arbeitskräften bedeutend zurückgegangen, und es ist ein Beweis dafür, wie tief die tariflichen Abmachungen den Arbeitgebern in Fleisch und Blut übergegangen sind, daß die Löhne auch nicht einen Augenblick erschüttert wurden. Wie es die Tarifverträge vorgeschrieben, wurde am 1. Oktober der Stundenlohn aller im Baugewerbe Groß-Berlins beschäftigten Arbeitnehmer um 2/3 erhöht. Wenn es auch an sich nichts MäÙnswertes ist, übernommene Vertragspflichten getreulich zu erfüllen, so hat doch die Tatsache, daß ein großes Gewerbe während eines Kampfes um Sein oder Nichtsein, als viele Hunderte von Arbeitnehmern sich vergeblich um Beschäftigung bemühten, eine allgemeine Herausforderung der Löhne vornimmt, allgemeine Beachtung gefunden. Sie zeigt jedenfalls von der starken Disziplin und Vertragstreue der Arbeitgeber, und es darf erwartet werden, daß die Arbeitermoralität in jeder Lage den Tarifverträgen dieselbe Treue entgegenbringen wird.“

Die Einhaltung der Tarifverträge durch den allergrößten Teil der Bauunternehmer während der Zeit der großen Arbeitslosigkeit ist sicher lobenswert. Wir

haben seinerzeit auch die Anerkennung nicht veräußert, daß die Arbeitgeberverbände gegen Tarifbrüche im allgemeinen ihre Pflicht getan haben. Diese Pflicht wollen auch die Arbeiterorganisationen tun. Es fragt sich nur, ob es ein Verstoß gegen den Tarifvertrag ist, wenn Arbeiter und Unternehmer gemeinsam ausprechen, daß bei der jetzigen enormen Feuerung die Gewährung einer Feuerungszulage notwendig ist. Das müssen wir mit aller Entschiedenheit verneinen.

Die für die Dauer des Vertrages für die Bauarbeiter festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne, über die auch schon in normalen Zeiten vielfach hinausgegangen worden ist. Diesen Löhnen waren die bei Abschluß der Verträge bestehenden Lebensmittelpreise zugrunde gelegt. Kein Mensch hat bei Abschluß der Verträge daran gedacht, daß in der Vertragszeit eine auch nur entfernte so große Preissteigerung eintreten könnte, wie sie jetzt tatsächlich eingetreten ist. Gäte man daran gedacht, so hätten die Arbeiter für diesen Fall selbstverständlich besondere Bestimmungen gefordert, Bestimmungen, die eine Anpassung der Löhne an die Feuerung ermöglichten. Die Bauarbeiter haben die Tariflöhne immer als das Mindeste dessen angesehen, was sie haben müssen, wenn ihnen mit ihren Familien eine gesicherte Existenz möglich sein soll. Und niemand kann ernsthaft bestreiten, daß die tariflichen Löhne schon vor dem Kriege für viele Arbeiter zu einer gesicherten Existenz nicht ausgereicht haben. Es war beim Vertragsabschluß nicht der Wille der Arbeitererschaft, während der Vertragszeit ihre Existenz durch eine vierzig- bis fünfzigprozentige Verschlechterung der Reallohne gefährden zu lassen, sondern sie wollten ungeachtet durch die Verträge ihre Existenz sichern und eine Verschlechterung ihrer Lebenslage hintanhalten. Deshalb glauben sie auch nicht, daß der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin die Meinung aller baugewerblichen Arbeitgeber ausspricht, wenn er in seinem Bericht weiter sagt:

„... Das Streben nach Kriegszulagen zeigt sich neuerdings auch bei den einzelnen Arbeitnehmern, die zu verzeihen haben, was sie den Tarifverträgen zu verdanken haben. Hier muß es heißen: „Güte dich vor dem ersten Schritt.“ Ist erst die Grenze überschritten, dann steigt die Zulage von Monat zu Monat und die Tarifverträge werden vollkommen beiseite geschoben werden. Der Verband würde der zukünftigen Entwicklung der Tarifgemeinschaften einen schlechten Dienst erweisen, wenn er es nicht als seine Pflicht ansehe, allen Inprüden nach Lohnerhöhungen oder Gewährung von Zulagen entgegenzutreten. Den Arbeitnehmern, insbesondere den Bauarbeitern, muß vor Augen geführt werden, daß alle beratigen Bestrebungen die Tarifverträge ernstlich gefährden und Wasser auf die Mühlen derjenigen treiben, die stets behaupten, daß der Wert der Tarifgemeinschaften für die Arbeitgeber sehr problematisch wäre, weil die Arbeitgeber zwar in schlechten Zeiten die Löhne innehalten müßten, während die Arbeitnehmer immer versuchen würden,

wenn ihre Arbeitskräfte gesucht würden, sie ohne Rücksicht auf Tariflöhne so teuer wie möglich zu verkaufen.“

Der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin befindet sich hier in einem großen Irrtum. Die Arbeiter suchen nicht den Mangel an Arbeitskräften, auch nicht die Notlage der Unternehmer zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen — gegen ein solches Bestreben würden sich ihre Organisationen wenden —, sondern sie suchen lediglich die durch den Krieg herbeigeführte außerordentlich starke Gerabrückung ihrer Reallohne und die durch die Feuerung herbeigeführte Verschlechterung ihrer Lebenslage durch Vereinbarungen mit den Unternehmern wenigstens zum Teil auszugleichen. Es ist auch nicht richtig, was der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin über die angebliche Gefährdung der Tarifverträge durch Feuerungszulagen sagt, wenn er schreibt:

„In dieser schweren Zeit ist ein einmütiges Zusammenhalten notwendiger denn je. Wer etwaigen Ansprüchen nach einer Lohnerhöhung oder Zulage nachkommt, schädigt seine Berufsgenossen und beeinträchtigt alle unsere Bemühungen, die durch die Tarifverträge geschaffene Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Ansprüche der Arbeitnehmer nach einer Lohnzulage müssen als unbedeutend abgelehnt werden. Im einzelnen Falle mag dies unbequem sein und hin und wieder zu Schwierigkeiten führen. Dennoch muß die Würdigung auf die Allgemeinheit allen andern Erwägungen vorgehen.“

Die durch die Tarifverträge geschaffene Ordnung und Sicherheit wird durch die Gewährung von Feuerungszulagen nicht im mindesten erschüttert, ebensowenig wie in den vielen andern Bereichen erschüttert worden ist, wo Feuerungszulagen bereits gewährt worden sind. Vielmehr ist nach unserer Ueberzeugung diese ganze Angelegenheit lediglich eine Sache der Gerechtigkeit und des guten Willens der Arbeitgeber. Niemand kann bestreiten, daß die Löhne der Bauarbeiter, gemessen an den dafür zu kaufenden Lebensmittelpreisen, ganz gewaltig gesunken sind und daß sich deshalb die Lebenshaltung der Bauarbeiter ganz gewaltig verschlechtert hat. Es kann deshalb auch niemand im Ernst behaupten, daß die Forderung einer Feuerungszulage unbedeutend sei, zumal heute leider nicht damit zu rechnen ist, daß die Lebensmittelpreise demnächst sinken werden.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat unser Verbandsvorstand in Laufe der letzten Woche gemeinsam mit den Vorständen des Zimmerer- und des christlichen Bauarbeiterverbandes dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den Wunsch überreicht, mit ihm gemeinsam in Erwägung darüber einzutreten, wie der drückendsten Notlage der Bauarbeiter abgeholfen werden könnte. Wir hoffen, daß sich der Bundesvorstand der Gerechtigkeit, daß für die Arbeiter eine Vorklage besteht, nicht verschließen und eine Auswache darüber, wie dieser Vorklage entgegengetrieben werden kann, nicht ablehnen wird.

### Kriegsbriefe von Verbandskollegen.

#### Drei Briefe von Zeigiger Kollegen.

Die nachstehenden drei Briefe von Zeigiger Kollegen wurden uns von Kollegen Fritz Bauerfeld überreicht. Der Vorstand des Zeigiger Zweigvereins hat seinen Mitgliedern einen Bericht über den Stand des Zweigvereins ins Feld geschickt, auf den in den beiden ersten Briefen Bezug genommen wird. Der dritte Brief ist ein erneuertes Zeugnis für die ungeheuren Strapazen, die unsere Zeigiger zu bestehen haben. Er sollte jedem Kollegen, der sich jetzt von der Bekämpfung der Feinde zu denken macht, die Schamrote ins Gesicht treffen.

#### Verhältnisse aus Südbelgien.

W. . . . . den 8. Juni 1915.

Vierter Kollege Fritz! Deine wertere Karte sowie den Brief mit dem Bericht über die Tätigkeit der Organisation seit Ausbruch des Krieges habe ich erhalten und sage dafür meinen besten Dank. Sobald ich ein wenig freie Zeit habe, hindere ich den Bericht eingehend; denn er enthält ein interessantes Material. Wir haben jetzt bei der großen Hitze nichts zu lachen. Wenn wir auch als Bauarbeiter keine Wärme genöhnt sind und viel ertragen können, so doch unser Dienst sehr anstrengend. Wenn wir am Montag von Woche kommen, müssen wir am Nachmittag bereits wieder mit Dienst tun. Niemals wird die Frage entstehen: „Wie lange soll dieser unheilvolle Krieg noch dauern?“ Am einmal andere Gedanken zu bekommen, habe ich in meiner freien Zeit in einigen kleinen Südbelgischen Arbeitsverhältnissen in untern Bereiche untersucht. Heber die gemachten Feststellungen will ich Dir kurz folgendes schreiben. In den meisten Fällen werden die Wäulen aus Ziegeln gebrannt. Dieser Mangel wird in verschiedenen von Mariembourg sehr reich an Ziegeln. Fast ein jeder Malleinbruder hat auch seinen Brennort. Trotz der großen Verwendung des Kalkziments macht auch der Mangel Fortschritte. Es sind dieses aber meistens nur Kleinbetriebe. Eine Malleinzeile habe ich hier nicht gesehen. Es sind hier jetzt fast dieselben Ver-

hältnisse, wie in den unruhiger Jahren in Weisalen und Aachenland. Die Feindbedrohungen sind fast durchgängig fast gebannt, so daß man dem Feinde nichts mehr zu Mariembourg sind angeblich drei Bauten im Angriff. Die Weisalen werden die abgebrannten Häuser wieder nach und nach instand gesetzt. Das Material ist ausgezehrt, an Kalk wird nicht gespart. Die Gerichte sind sehr gemauert und gleich mit feinst. Die Gerichte sind sehr mangelhaft. Einen Bauarbeiterdienst habe ich in Weisalen noch nicht zu geben. Auf den Wäulen wird beim Arbeiten nur so viel abgedeckt, wie zum Arbeiten unbedingt nötig ist. Die Wäulenlage besteht aus schwachen, eng liegenden Balken. Einen sogenannten schwebenden Bretterstuhl zwischen den Wäulen gibt es nicht. Aborte und Wäuben sind klein. In den Wäulen werden die Arbeiter in die Malleinzeilen und nehmen dort ihre Mahlzeit ein. Das Organisationsverhältnis ist schlecht. Von den an einem Bau beschäftigten Arbeitern sind nur einzelne organisiert. Am besten sind die Steinarbeiter organisiert. Nur Weisalen dieser unruhigen Organisationsverhältnisse sind die Wäulen hier täglich elf bis zwölf Stunden. Gewerbet wird etwa 50 bis 70 Centimes, gleich 40 bis 50 A. Eine Verhäudigung mit den belgischen Berufscollegen ist schwer und uns nur mit etwas Mühe möglich. Ich befinde mich noch soweit gesund, was ich von Dir auch hoffe. Viele Grüße an sämtliche Kollegen im Bureau und alle Bekannte sendet Dein Freund und Kollege Robert A. . . . .

#### Der Wert der Organisation und andere.

Mariembourg, den 8. Juni 1915.  
Mein Freund und Kollege! Den Bericht des Zweigvereinsvorstandes über die Organisationsverhältnisse seit Ausbruch des Krieges habe ich dankend erhalten und mich über dieselben gefreut. Durch den Bericht erfährt man wenigstens etwas Genaueres über den Mitgliederstand und leider muß ich bemerken, daß es viele von den dabei-Verband bis jetzt gefehlt hat und nach dem Kriege noch zu leisten haben wird. Wie es scheint, haben sich diese Kollegen von verschiedenen Verfassungen betrogen lassen. Würden sie beachtet haben, was sich bis jetzt ereignet hat,

dann müßten sie zu der Einsicht kommen, daß wir nach dem Kriege die Organisation sehr notwendig brauchen. Wenn wir auch jetzt mit den Unternehmern im Vergleich leben, wird es doch nach dem Kriege mit einem Anstieg anders sein. Heber ist es so, daß unsere Kollegen nach die Beiträge berechnen, nicht aber den Nutzen und Erfolg der Organisation. Es mag wohl auch jetzt misspoken, daß gerade die kräftigsten und im besten Alter befindlichen Kollegen zum Mitgliedsdienst eingezogen und die weitaus die für die Organisation nötig sind, meistens überfordert sind. Es geht zu, daß es nicht leicht ist, eine Organisation mit Wasser zu halten, wenn in kurzer Zeit die Mitgliederzahl um circa 40 pSt. sinkt. Wir wollen hoffen, daß es uns nach unserer Rückkehr gelang, durch erneuerte Tätigkeit die Organisation in Bezug auf Mitgliederzahl und Mitgliedsbeiträge auf die frühere Höhe zu bringen. Das ist für die Organisation sehr wichtig, die über den Wert der Organisation für das Vaterland berichtet haben. Das ist nicht, wissen die abtrünnig gewordenen Kollegen gar nicht, was ihnen bevorsteht, wenn es den beiden Zeigiger Wäulen gelangen würde, etwa 10 bis 15 in unser Land zu bringen, wie wir in Weisalen sind. Wahrscheinlich würden dann in untern Bereich nicht viele Kollegen leben, die sie und viele würden am Hungertuch nagen. Das es dann nach dem Kriege aussehen würde, das mag ich nicht einmal überlegen. Aber selbst dann, wenn Weisalen in ganzen Umfang erhalten bleibt, wird die Weisalen nicht einmal am stärksten die Folgen des Krieges zu tragen können, und dann wird nur eine kleine Organisation bestehen können. Wir sind nun bereits drei Monate lang in sehr guten Zustand, ausschließlich der Zeit, wo wir in Weisalen Garnisondienst hatten. Wände viele Nacht und über im Schützengraben gehen und manche Entbehrungen durchgemacht, was uns als Landstürmer nicht so leicht wie jungen Weisalen. Wir werden dann ich kommen, daß der übertriebene Zeit, ich möchte fast sagen alle, wir sind und mehr untern Mitstandungen nähert und in Weisalen werden mit untern Organisations und Fortschritten erhalten. Wir wollen hoffen, daß es dabei nicht zu untern Ideen fallen werden können. Ich sende Dir die besten Grüßen und eine herzliche Einladung am nächsten Sonntag in Weisalen. Deine Zeit, die Stunden



290 bis 260 Milliarden geschätzt. An Volkseinkommen hatte Deutschland nach Österreich 43 Milliarden Mark, das französische wurde von Verdunverleuten auf 25 Milliarden Frank und das englische (von Chicago-Wochen) auf 1710 Millionen Pfund Sterling = 85 Milliarden Mark geschätzt. Das also gäbe einen Maßstab für die Beurteilung der Geldkraft dieser Länder. Nur wäre dabei zu beachten, ob die entsprechenden Werte leicht zu Geld gemacht werden könnten, und in welchem Maße die Besitzenden gewillt sind, den kriegführenden Staaten die nötigen Mittel zu gewähren.

Deutschland steht nach alledem keineswegs schlechter als einer der andern genannten Staaten da. Ja, man kann ohne Uebertreibung und Ueberschätzung sagen, daß es an der Spitze marschiert. Diese seine Wohlhabenheit hat es ihm auch ermöglicht, sein Geld und Kreditwesen im Kriege auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Mit fester und sicherer Hand hat die Reichsbankleitung die Volkswirtschaft und Verworrenheit der ersten Kriegstage beseitigt und Vertrauen und Sicherheit herbeigeführt. Die Weltwirtschaft in den ersten Kriegstagen hätte aber gar nicht den Umfang annehmen können, wenn in den dreien Volksteilen mehr volkswirtschaftliche Einflüsse und Kenntnisse des deutschen Geldwesens vorhanden gewesen wären. Einige Erfahrungen sind daher geboten.

Am Hartgeld hat Deutschland etwa 5 Milliarden Mark, und zwar annähernd 3 1/2 Milliarden Gold, das übrige in Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Ein Vergleich mit dem jährlichen Volkseinkommen ergibt, daß die Hartgeldsumme nur den achten Teil davon ausmacht. An landwirtschaftlichen Produkten werden jährlich etwa für 10 Milliarden erzeugt. Wir könnten also die landwirtschaftliche Ernte nur zur Hälfte mit Hartgeld bezahlen, da sie in Friedenszeiten ungefähr 9 Milliarden beträgt. Womit sollen aber die gekauften Güter bezahlt werden? Außer den 5 Milliarden Hartgeld besitzt Deutschland für 240 Millionen Mark Reichsbanknoten, für 2 1/2 Milliarden Reichsbanknoten und für 160 Millionen Banknoten der Privatnotenbanken (festgestellt am 31. März 1913), zusammen 8 Milliarden Mark. Also alles in allem: der gesamte Vorrat an Geld und Geldersatzmitteln reicht auch nicht im entferntesten aus, die Einfuhr oder etwa die landwirtschaftliche Ernte zu bezahlen. Soviel Geld gibt es nicht. Wie aber ist es doch möglich, den Zahlungsverkehr geordnet aufrechtzuerhalten?

Sehr viele Forderungen werden mit Wechseln, Schecks bezahlt oder durch Umschreibungen ausgeglichen. Ein Wechsel kann an viele Personen weitergegeben werden, an 1, 2, 3 usw., wie bares Geld. Wenn ich von B A 2000 zu fordern habe und C A 2000 schuldig bin, so kann ich auf B einen Wechsel ziehen: Zahlen sie an die Order des Herrn C A 2000. Damit ist der Zahlungsverkehr vereinfacht. B bezahlt nicht an mich und ich nicht an C, sondern B bezahlt direkt an C; C aber kann den Wechsel wieder weiter an D und D an E usw. geben, immer an Zahlungsfähige wie bares Geld. So können viele Forderungen ausgeglichen werden, ohne daß auch nur ein Pfennig Hartgeld in Bewegung gesetzt wird.

In Deutschland laufen etwa für 9 Milliarden Mark Wechsel jährlich um. Zusammen mit den 8 Milliarden Mark und Papiergeld 17 Milliarden Mark. Aber auch diese Summe würde nicht ausreichen, den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten. Durch den Scheckverkehr (indem ich beispielsweise meine Bank anweise, an einen Dritten zu zahlen) wird viel Bargeld erspart. Am meisten wird aber erspart durch Berechnung und Ueberweisung bezahlt. Wenn zwei Geschäftsfreunde abrechnen, so bezahlen sie in der Weise, daß nur der Rest bezahlt wird. (A ist B A 1000 schuldig und B ist A A 2000 schuldig, B zahlt also an A A 1000.) Noch mehr wird die Zahlung vereinfacht, wenn mehrere Personen bei derselben Bank Kunden sind. Die Bank schreibt dann die Schuldscheine des einen Kunden auf das Konto dessen um, der das Guthaben zu fordern hat. So kann die Forderung des A an B auf das Konto des A übertritten werden, und eine Schuld des A kann auf D usw. übertragen werden. Aber auch verschiedene Banken oder Kreditinstitute können gegenseitig abrechnen oder überschreiben. Das dadurch viel Bargeld erspart wird, leuchtet ohne weiteres ein. Im gesamten wurden im Jahre 1913 allein bei den Reichsbankabrechnungen 73 1/2 Milliarden Mark durch den Zahlungsverkehr umgeseht.

Schon aus diesen ungeheuren Summen mag man ersehen, wie wenig klein der eigentliche Bargeldverkehr ist und sein muß. Noch mehr kommt uns dieses Verhältnis zum Bewußtsein, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Gesamtumsatz der Reichsbank im Jahre 1913 die große Summe von 422 Milliarden Mark betragen hat.

Ganz besonders muß man auf diese Zahlen hinweisen. Denn es gilt, den Wahn zu zerstreuen, als ob es möglich sei, alles in Bargeld zu zahlen. Das Bargeld dient dem letzten Ausgange und dem unbedingt nötigen Tagesbedarf. Was eben nicht mehr durch Wechsel, Schecks, Ueberweisung, Berechnung usw. beglichen werden kann, das muß durch Bargeld bezahlt werden. Diese Restsummen sind aber — verglichen mit dem gesamten Umsatz — äußerst gering.

Während des Krieges stellt aber die Volkswirtschaft ganz andersgeartete Anforderungen an den Zahlungsverkehr. Viele Waren, die für das Ausland bestimmt waren, können nicht verhandelt werden, fremdes Papiergeld kann nur schwer eingelöst werden. An den Börsen findet zum Beispiel kein Verkehr statt, oder die An- und Verkäufe sind beschränkt. Es würden unter solchen Umständen gewaltige Verluste entstehen, wenn nicht Mittel und Wege gefunden würden, dem vorzubeugen. Aus dieser Notwendigkeit muß der Staat herausgehen. In Deutschland war die Reichsbank die Retterin aus der Not. Sie sorgte für die Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs, indem sie die Geldmittel vermehrte und mittelst, neue Kreditlinien zu schaffen. Durch einige Änderungen des Bankgesetzes wurde ihr die Möglichkeit gegeben, im weitgehendsten Maße mitzuhelfen an der Festigung der Volkswirtschaft während der Kriegszeit. Darlehensklassen und Kriegskreditklassen wurden zu diesem Zwecke begründet. Durch sie soll der Kaufmann, Gewerbetreibende und Land-

wirt mit Geld und Kredit versehen werden. Für den Grundbesitz hat man besondere Einrichtungen geschaffen, ebenso für die Lebensversicherungen. Alle Geld- und Kreditlinien, die für die Kriegszeit geschaffen wurden, sollen dem Erwerbseigenen die Mittel zu seiner möglichen Betätigung gewähren. Für jede Art der zu gewährenden Geld- oder Kredithilfe muß eine entsprechende Bedingung an Vermögenswerten vorhanden sein, und die gesetzliche Grundlage des deutschen Geldwesens muß streng beachtet werden. Die Angriffe gegen das Geldwesen des Deutschen Reiches während des Krieges sind haltlos; denn alles vollzieht sich ordnungsmäßig auf gesicherter Grundlage. Wir sind verhältnismäßig viel Geld im privaten Verkehr; es kann also auch viel mehr zur Reichsbank zurückfließen als in England, das viel mehr bargeldlos verkehrt als Deutschland hat.

Daß sich die Geld- und Kreditkraft in Deutschland auch während des Krieges bewährt, davon zeugen die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Darlehensbanken. Sie wurden nicht in dem Maße beansprucht, wie man bei Ausbruch des Krieges angenommen hatte. Der Wechselmarkt Deutschlands wird man sich aber erst richtig bewußt, wenn man sich das Ergebnis der beiden Kriegskonten der Augen hält. Dreizehn und eine halbe Milliarden 1914 wollte man eine Kriegsanleihe von 100 Millionen Taler aufnehmen, aber nur 60 Millionen Taler wurden gezahlt. Das Ergebnis von 1914/15 zeigt, wie die Geldkraft gestiegen und wie die Siegeshoffnung beschaffen ist. Der Russe Ivan von Wofo prophezeit Deutschland eine Sungerstot für den Fall eines Krieges und jagte voraus, daß es in einem kriegführenden Staate weder Erparnisse noch sonst verfügbares Kapital geben werde. Die deutschen Kriegsanleihen reden aber eine andere Sprache. Es ist wieder übertrieben noch anzunehmen, wenn ausgedrückt wird, daß alle falsch gerechnet haben, die Deutschland eine Sungerstot voraussetzten und die meinten, das Geld müße ihm ausgehen. Deutschland ist fast an einer großen Anzahl von Männern, die Unternehmensgeist, Unternehmerrschaffigkeiten und Organisations-talente besitzen. Es hat genügend Lebensmittel und genügend Geld. Wenn einmal diese Erkenntnis weitergedungen ist, werden wir uns dem Frieden nähern. Tapferen haben allemal noch das entscheidende Wort. Die andern kriegführenden Mächte brauchen man deswegen nicht im geringsten zu unterschätzen.

Deutsche Geld- und Kreditkraft soll aber nicht so angelegt werden, als ob es gelte, nur um einer kleinen Anzahl willen Opfer zu bringen und ihren Reichstum zu sichern. Alle kämpfen mit uns, alle wollen an den Tisch des Herrn. Opfer bringt man, um etwas zu erreichen, um zu gewinnen. In diesem Sinne sollen sich die Opfer der Arbeiterschaft lohnen; aus dem Volkseinkommen und dem Wohlstand wollen sie ihr Teil. Sie kämpfen für die Sicherung auch dieser Dinge, das berechtigt sie, auch auf ihren Anteil bedacht zu sein. Fd.

lassen. Zunächst bemühen wir uns, die Löcher in den Mänteln, so gut es ging, zuzubeteln. Diese Arbeit war noch nicht vollständig beendet, als es bereits hell wurde. Kaum hatte aber der Tag begonnen, so fing auch die feindliche Artillerie an zu schießen an. Nach kurzer Zeit suchte die Artillerie auch uns in unfern Verstecken auf. Zuerst belagerten wir Nachbahngeschosse — diese nennen wir Kamenraden; denn von ihnen ist der Einschlag früher zu hören als der Artillerie. Dann begrüßten uns die Franzosen mit den schweren Sten. Diese machten schon etwas mehr Lärm. Zuletzt wurden unsere Stellungen mit Mörsern beschoßen, die einen schrecklichen Krach verursachen. Diese Beschichtung ging von früh bis nachmittags 3 Uhr. Während dieser Beschichtung mußten wir uns öfters in die Keller verziehen, die die Bahnen früher besetzt hatten; aber es half alles nichts, denn in vielen Kellern sind die Kameraden gleich gruppenweise beschüttelt worden. Durch die ununterbrochene schreckliche Beschichtung hatten wir starke Verluste erlitten, und da teilweise auch die Verbindung zerstört war, trat eine Verwirrung ein, denn es waren immer nur wenige Kameraden zusammen, die sich mit den andern nicht genügend verständigen konnten. Von großem Vorteil war, daß wir am Abend vor dem Einrücken A. . . . . Waffenfähiger bekommen hatten; denn sonst wären wir durch die Gasse und den durch die eingeschlagenen Mauern verursachten Staub erstickt. Kurz nach 9 Uhr wurde die Beschichtung unserer Stellung noch härter, so daß man überhaupt nicht mehr wusste, wo man war. Nach geraumer Zeit hörte die Beschichtung unserer Stellung auf, das feindliche Artilleriefeuer wurde auf unsere Nebeneinstellungen verlegt. Jetzt war die Zeit gekommen, wo die Franzosen die Infanterie zum Sturm auf unsere Stellung ansetzten. Nach kurzer Zeit hörten wir schon von einigen unserer Kameraden, daß die Franzosen bereits über unsere Barrikaden hinweg wären. Wir standen nun vor der Wahl, entweder zurückzugehen oder uns gefangen nehmen zu lassen. Ich zog das letztere vor und kam auch mit heller Haut am Dorfbank im Nebengraben an. In dem Moment des ersten Zuges waren die Franzosen durch unsere Stellungen durchgedrungen. Nichts von uns lag der

Meist der Kompanie in etwas besserer Stellung, dort mußten die Franzosen kühnig bluten. Dreimal machten sie Sturmangriffe, sie wurden aber jedesmal zurückgeschlagen. Nun wirst Du sich wundern, warum ich nicht den ersten Zug nicht vollzieht hat. Die Sache ist aber nicht so einfach, mit nur wenigen Kameraden eine solche Stellung, nur wenige Meter vom Feinde entfernt, zu halten. Von unfern Zug waren von sieben Gruppen noch 17 Mann übrig. Wie es da auszugehen hat, kannst Du Dir denken. Vom Kollegen B. . . . . habe ich seit dem 5. Juni, wo ich mit ihm vor dem Einrücken in B. . . . . sprach, nichts wieder gehört. Nach den Angaben meines Kameraden wäre ein Gefreiter — A. . . . . vor kurzem vorher Gefreiter geworden — am Kopf verblutet worden. Eine weitere Feststellung war mir nicht möglich. Nach meiner Ansicht ist A. . . . . gefangen genommen, oder er ist in B. . . . . verhaftet worden. Wir liegen jetzt in Ruhe, aber alarmiert. In der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen grüßt bestens

**Pietätvolle „Barbaren“, pietätlose „Kulturherren“.**  
 Ein Lübecker Kollege schrieb an den Kollegen S. Meiner:

Den 11. 5. 1915.  
 Lieber Freund Heinrich! . . . Du schreibst mir, daß die Arbeitslosigkeit im Lübecker Baugewerbe groß sei. Das kann ich mir denken. Leider sind es meist ältere Kollegen, die davon betroffen werden; denn für die jüngeren Kollegen, wie ich im „Grundstein“ las, die Lebensmittelpreise sind ja enorm in die Höhe gegangen. Wir können uns ein Wild machen, wie es bei den Kollegen, die nur auf die Kriegshilfe angewiesen sind, aussieht. Ich schreibe meiner Frau deshalb, sie solle mir keine Lebensmittel mehr schicken; denn unsere Verpflegung ist verhältnismäßig gut. Wir Winterer werden ja etwas besser verpflegt als die Infanterie, so daß ich eben auf Schwaren verzichte, die zu Hause überleuer bezahlt werden müssen. Ich bin nach gut zuwene. Wie Du aus den Zeitungen sehen hast, wirst, ist hier immer bide Luft; denn der Kampf um die

Stadt B. . . . . ist im Gange, und zwar in einer Weise, die schrecklich ist. Im . . . gingen wir mit unserer neuen Munition vor. Der Erfolg war großartig. Uns gegenüber lagen damals ganz frische französische Truppen, die wohl zum ersten Male im Schützengraben waren. . . . . Für sie gab's kein Halten mehr, da gab's nur ein Zurück. Aber sie kamen nicht weit, die meisten wurden zu Gefangenen gemacht. In dem verlassenen Schützengraben gab's für uns allerlei Lederbissen, die wir bis dahin zum Teil nur dem Namen nach kannten. Neue Ausstattungsstücke, Mäntel und Schuhe wurden gefunden. Als der Feind zum Witzzuge gezwungen war, legte unsere Artillerie ein, aber so, daß wir hätten meinen können, vor uns seien lauter Wulfen in ununterbrochener Tätigkeit. Natürlich blieb die feindliche Artillerie die Antwort nicht schuldig; wir hatten ebenfalls schwere Verluste. Die nächsten Tage gab es ununterbrochene Kämpfe, bei denen Engländer und Franzosen mit all ihrem Völlergemisch angriffen. Obwohl schließlich die Kanoniere waren recht unglücklich, aber bald waren sie reiflos aufgerieben. Unsere Artillerie überschüttete sie furchtbar mit Granaten. Einmal waren ich nicht vor unserm Graben, da drehten wir los, sie mußten zurück und wurden aufgerieben. — Wäre doch dies Völlergemisch modern, wie unsere Truppen gegen die Engländer haben, und umgekehrt wird es wohl eben sein. Die Franzosen und Belgier werden mit ganz andern Augen betrachtet. Es ist mir aufgefallen, daß unser Gegner und hauptsächlich die Engländer wenig pietätvoll mit ihren Toten umgehen. Mit welcher Liebe werden unsere Gräber gesäubert, bespritzt und umhüllend mit einem künstlichen Kreuz geschildert, daß zum weinenden mit Namen, dem Truppenteil und dem Todestag enthält. Auch unsere Gräber werden von uns so begraben. Die Engländer und Franzosen dagegen begraben ihre Toten fast ganz, ein Stück Holz wird auf den Hügel gesteckt, höchstens noch Kappi oder Röhre draufgelegt und fertig ist die Arbeit. Aber daran erkennt man wieder, daß wir „Kulturherren“ sind. Ich hätte in der Hoffnung, daß wir uns endlich und gesund wiedersehen. Weiße alle Mitleiden und Gneisen!  
 Dein Freund S. . . .

### Der Kampf gegen Deutschland mittels Druderschwärze.

Berscheidend wieser wir auf die Art hin, mit der die Gegner des deutschen Volkes die gedruckten Blätter als Waffen im Kriege benutzen. Willkürlich nehmen wir nach dem Kriege Gelegenheiten, unsere Blätter eine umfassende Sammlung dieser merkwürdigen Produkte vorzuführen; für heute begnügen wir uns damit, an zwei Beispielen zu zeigen, wie wir mit Hilfe zweifelhaftester Subjekte bekämpft werden. Im Mai erließ die Gewerkschaft der italienischen Seefahrer folgenden Aufruf: „Arbeiter des Meeres! Wer hat den familiären, den nationalen, den internationalen Frieden zerstört und das schandbare Werk der Arbeit auf den Meeren und auf der Erde? Wer hat Serbien angegriffen, wer hat Belgien überfallen und gemartert? Wer hat jahhundertlang Italiener der Irredenta an das Martyrerkreuz geschlagen? Wer hat den besiegten Kämpfern die Hände abgehauen? Wer hat die „Kustanten“ verurteilt, die Hunderte von Gefreiten, Frauen und Kindern tötete, die Hunderte von Gefreiten, Frauen und Kindern tötete, die Hunderte von Gefreiten, Frauen und Kindern tötete, die Hunderte von Gefreiten, Frauen und Kindern tötete...“

**Am 17. Juli ist der 28. Weiratrag in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Weiratrag befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden.**

Schließen für Konsumenteninteressen ist die Weisung zugegangen, in diesem Sinne bei den kommunalen Stellen nachdrücklich tätig zu sein. Von der Weisung wird die Einführung der bereits von der Presse angeforderten Petroleums-Höchstpreise erfocht. Eine als unerwartete Folge davon hier und da beständete Einfuhr von Petroleum-Höchstpreisen wurde auch von dem Vertreter des Petroleumgroßhandels als gegenstandslos hingestellt. Außerdem siehe sich diese Gefahr durch Einfuhrprämissen seitens. Nach Berücksichtigung dieser Wünsche und nach Befriedigung der jetzt in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der Weisung zur leichteren und sicheren Benützung sonstiger Kraftquellen glaubt der Kriegsausbruch an die Möglichkeit einer wenn auch stark eingeschränkten und beschränkten, so doch immerhin sichergestelltens Beleuchtung in der Zeit der langen Abende.

### Steuert dem Lebensmittelwucher!

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, die ganz besonders der wertigsten Bevölkerung große Opfer auferlegt, Opfer, die in Anbetracht der Tatsache, daß von dem Ausgange dieses unerwarteten Krieges auch das Wohl und Befrei der arbeitenden Klasse abhängt, gern gebracht werden. Letzteres würde aber noch freudiger geschehen, wenn die Größe und Schmerz der Opfer für die Daheimgebliebenen und vordem eidlich wäre. In weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht aber nur eine Stimme darüber, daß die zu tragenden Opfer weit weniger schwer wären, wenn nicht so viele Menschen, vor allem daterständigen Empfindens, die Notlage ihrer Mitmenschen durch ihren ruhenden Profitgier ausbeuteten. Es ist leicht zu verstehen, daß, wenn die Produktionskosten steigen, auch die Warenpreise in die Höhe gehen, oder wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, eine Preissteigerung eintritt. Zu vermeiden ist es aber in dieser schweren Zeit doppelt und dreifach, wenn die Preissteigerung, wie dies jetzt leider der Fall ist, in gar keinem Verhältnis zu den Produktionskosten steht, wenn der Handel, besonders der Großhandel, sich in unverantwortlicher Weise auf Kosten des armen Volkes bereichert und die Teuerung durch spekulative Zurückhaltung der Waren vergrößert.

Krieglich ist sich weißes Telegrophen-Bureau, es sei bekannt, daß wir glücklicherweise noch rechtlich Kartoffeln hätten. Es sei aber jetzt die Zeit, wo sie durch Ausweimen schwinden und durch Fäulnis verderben. Zwar würden mit allen verfügbaren Vorrichtungen Dauerernte hergestellt; aber das genügt nicht, um nicht kostbare Nahrungsmittel vergehen zu lassen, müßten jetzt viel Kartoffeln freigegeben werden. Wir hatten also, was Besser schon lange wußten, so viel Kartoffeln, daß dieses Hauptnahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung der Gefahr des Verderbens ausgesetzt war. Dabei mußten ungezählte Menschen wegen der unerschwinglichen Preise ihren Konsum an Kartoffeln monatlang einschränken. Die Teuerung war finanziell genügt; ohne Not wurde dem Volke von den Spekulanten der Kartoffelmarkt höher gehandelt. So wie mit den Lebensmitteln und Bedarfartikeln. Auch hier werden dem Volk vielfach Opfer auferlegt, die nicht unumgänglich nötig sind und gemindert werden könnten, wenn nicht einer wilden Spekulation freier Lauf gelassen würde. Dieser unglückliche Zustand muß notwendig Erbitterung erzeugen, besonders bei denen, die mit jedem Groschen rechnen müssen. Daß dadurch die Macht und Ausdauer des deutschen Volkes in seinem Existenzkampf nicht gesteigert wird, liegt auf der Hand.

Wiesch hat man in Arbeiterkreisen die Meinung vertreten, daß Presse und Volksvertretung nicht mit der erforderlichen Energie gegen diesen Zustand ankämpfen. Ich mache mir diese Meinung nicht zu eigen, bin aber der Auffassung, daß die Teuerung einen Grad erreicht hat, daß kein Mittel unversucht bleiben darf, sie zu steuern. Höchste Zeit wäre es daher, wenn endlich die Wünsche des Volkes Gehör würden. Von denen, die Einfluss auf den Gang der Wirtschaft haben, muß energig gefordert werden, daß ihnen das Handwerk gelegt wird, die es mit ihrem Gewissen und daterständigen Empfinden vereinbaren können, die Not des Volkes zu ihrem persönlichen Vorteil auszunutzen. Gätte man es den minderbemittelten Bevölkerungsschichten von vornherein möglich gemacht, mehr Kartoffeln zu essen, dann wäre heute die Gefahr, daß wertvolle Nahrungsmittel zugrunde gehen könnten, nicht vorhanden. Soll sich der angekündigte Schaden nicht wiederholen, dann müssen unversüßlich Maßnahmen getroffen werden, die dem Wucher, der Ausbeutung und der Spekulation einen Riegel vorsetzen. Dadurch würde der Not gelindert und das Vertrauen der Bevölkerung zu den maßgebenden Instanzen gehoben. Es kann nicht genug betont werden, daß der Geldwert um die Hälfte gesunken ist. Wer da weiß, daß schon vor dem Kriege viele Menschen nicht auf Noteln Gehalteten waren und oft an Wälgelien Mangel litten, der kann sich keine viel Ähnlichkeit vorstellen, was es jetzt mancherorts aussieht. Dies gilt besonders für

die Bauarbeiterschaft. Ihr war es bis jetzt nicht möglich, ihren Lohn durch Kriegszulagen der Teuerung anzupassen. Soweit sie im Baugewerbe tätig sind, müssen sich die Bauarbeiter immer noch mit dem Lohne durchschlagen, der für normale Zeiten festgelegt war. Die Gewerkschaften, besonders auch der Deutsche Bauarbeiterverband, haben Millionen an die Familien der Kriegsteilnehmer sowie der Arbeitslosen gezahlt, um die Not zu lindern. Millionen, die sich die Arbeiter jahrelang von ihrem Lohn und oft genug vom Grunde abgepart haben, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es muß ein bitteres Gefühl auslösen, wenn man bedenkt, daß auch dieses Geld zum Teil in die unerschwinglichen Käufen nimmerlehter Spekulanten fließt. Möge daher von allen Arbeiterparteien, die die Not mindern und dadurch die Position Deutschlands stärken können, der Ruf: „Landgraf werde hart!“ gehört werden.

### Das Kriegsziel des Kohlenyndikats.

Durch die Tagespresse ging vor einigen Tagen folgende Mitteilung: „Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat für sich ausgeben. In der nächsten Zehnjahresberichtsversammlung sollen die Höchstpreise für die Abfälle ab 1. September dieses Jahres festgelegt werden. Jetzt wird schon angekündigt, daß beschlagnahmt wird, die Kohlenpreise um circa 1.50 bis 2 pro Doppelzentner zu erhöhen und die Kohlpreise bezart heraufzusetzen, daß der am 1. April eingetretene Abfall wieder aufgehoben wird. Die Kohlenpreise sind während des Krieges zum erstenmal im Dezember 1914 um durchschnittlich 1/2 pro Tonne erhöht, die Kohlpreise dagegen um 1.50 ermäßigt worden. Die neuen Erhöhungen dürften wiederum mit einer Steigerung der Selbstkosten motiviert werden. Außerdem wird das Syndikat darauf hinweisen, daß sich die Nachfrage nach Brennholz erheblich erhöht hat, ohne daß die Erzeugungsmöglichkeit damit Schritt halten konnte. Was die Aufhebung der Preisermäßigung für Koks anlangt, so wird sie von den Verbrauchern besonders unangenehm empfunden werden. Denn bei der Unmöglichkeit der Kohlenproduktion, die Nachfrage nach Koks voll zu befriedigen, haben sich die Verbraucher auf Anregung des Syndikats vielfach der Koksverfeuerung zugewandt und, begünstigt durch den Preisabfall am 1.50, ist der Koksabfall des Syndikats so erheblich gestiegen, daß in den letzten Monaten Friedensproduktionsanlagen erreicht wurden. Nachdem die Preisermäßigung in dieser Weise ihre Schuldigkeit getan hat, glaubt das Syndikat offenbar, sie jetzt entbehren zu können. Ob das Publikum neben all den sonstigen Preissteigerungen auch noch eine Preissteigerung für das Feuerungsmaterial tragen kann, danach fragt das Kohlenyndikat nicht. Wenn sich nach dem Kriege zur Aufbringung der riesigen Summen zur Bedeckung der Kriegskosten die Monopolpläne verabschieden, da sollte zuerst an eine Verstaatlichung des Bergbaues gedacht werden; dann kommen die riesigen Überschüsse aus der Ausbeutung der Erdölwerke wenigstens der Allgemeinheit und nicht mehr gewinnfähigen Kapitalisten zuzuteil.“

Einen ausgesprochenen Beitrag zur Kennzeichnung der wucherischen Preispolitik des Kohlenyndikats bildet der letzte Jahresbericht des Kohlenyndikats. Diese Verkaufsausschüsse des Kohlenyndikats, die mit ihrem vollen Titel „Rheinische Kohlenhandel- und Koberzeugsellschaft m. B. G. in Wülheim a. d. R.“ genannt wird, erzielte in dem vergangenen Geschäftsjahr, das am 31. März d. J. beendet wurde, einen Reingewinn von 13 068 810 gegen 11 473 371 im vorhergehenden Jahre. Das ist nicht etwa der gesamte Gewinn der dem Syndikat angeschlossenen Werke, sondern nur der Lebensschub, der aus Preisunterchied zwischen Zehnjahreslieferung an das Syndikat und Syndikatslieferung an die Kunden entsteht, also eine reine Vermittlungsgewinn. Die Lohndividende wurde für das letzte Geschäftsjahr auf 85 s gegen 75 s im Vorjahre festgelegt. Der erhöhte Gewinn ist nicht etwa auf größeren Umsatz zurückzuführen, dieser ist im Gegenteil um über zwei Millionen Tonnen zurückgegangen. Da die Kohlenförderung wegen des Fehlens der Kriegsdienste leistenden Vergleite eingeschränkt werden mußte, so konnten die Syndikatswerke ihre zum Teil schon recht lange auf den Zehnjahreslieferungen lagernden Bestände räumen. Kohlen werden bekanntlich durch langen Lager nicht besser, sondern schlechter. Das Syndikat war also infolge des Krieges in der Lage, minderwertige Ware zu erhöhten Preisen verkaufen können. Da mit der Preissteigerung fast gleichzeitig auch eine Verminderung der Durchschnittslöhne einsetzte, so ergibt sich, daß das Kohlenyndikat in den verflochtenen Kriegsmontaten Riesengewinne einheimst haben muß. Aber das genügt den Syndikatsherren nicht; sie wollen offenbar auch der für ihren Säckel günstigen Lage soviel herausholen wie irgend möglich, mag aus dem deutschen Volke werden was will.

Wenn es in Deutschland vielfach Leute gegeben haben sollte, die in den ersten Kriegsjahren angenommen haben, nach dem Kriege würde in Deutschland alles in Butter schwimmen, so daß es den Sozialdemokraten an Agitationsstoff mangeln würde, so müssen diese Leute heute längst heulend sein. Kohlenbarone, Zunderbarone und Kartoffelbarone sorgen gemeinsam mit unverschämten Exzerzierern dafür, daß die oppositionelle Stimmung nicht abflaut. Die Extreme haben auch in dieser Hinsicht wieder ihre Reizungspunkte gefunden.

### Die rechtzeitige Beschaffung von Lebensmittel

und Lebensmittelbeschaffungen für den Herbst und Winter war kürzlich Gegenstand der Beratungen einer vom Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz. Die darin von Vertretern des Petroleum-, Spirit- und Getreidehandels sowie der Kampagnenfabrikanten und händler abgegebenen Gutachten betrafen den Kriegsausbruch, alle Bevölkerungskreise, die irgendwie dazu in der Lage sind, bringen aufzuarbeiten, von der Petroleumbeschaffung zu Gas und elektrischer Energie. Von den wichtigsten und wertvollsten Vorkäufen werden gleichzeitig erwartet, daß sie hierbei nach dem Muster verschiedener Gemeinden für weitgehende Preisermäßigungen bei der Anlage der Leitungen und der Beschaffung von Kraftwerken Sorge tragen, damit die sehr beschränkte Petroleummenge durch Verengung der Nachfrage für die wirklich auf Petroleumverbrauch angewiesenen ärmeren Bevölkerungsschichten übrig bleibt. Den Bezirks- und Kreisau-







